



borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

Einladung zur Pressekonferenz

Kriminalisierung von Retter*innen , Helfer*innen, Geflüchteten – Studie legt das gescheiterte europäische Asyl- und Migrationssystem offen

Am 18. Mai 2017 um 11 Uhr

in Seminarraum 3 des Tagungshauses „Alte Feuerwache“, Axel-Springer-Str. 40/41, 10969 Berlin

borderline-europe und **DIKTIO** stellen ihre neue internationale Studie vor:

„Kriminalisierung von Flucht und Fluchthilfe“ - Criminalization of Flight and Escape Aid

Es sprechen:

Tiziana Calandrino (borderline-europe, Berlin)

Giorgios Maniatis (Network of Social Support to Refugees and Migrants, Diktio, Athen)

Wolfgang Kaleck (European Center for Constitutional and Human Rights, ECCHR, Berlin)

Berenice Böhlo (Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, RAV, Berlin)

Spätestens seit den großen Schiffsunglücken im April 2015 mit mehr als 900 Ertrunkenen, ist die Bekämpfung der „Fluchthilfe-Schlepperei“ zu einem zentralen Thema der EU-Migrationspolitik geworden. Neben der militärischen Bekämpfung durch die Operation EUNAVFOR Med (später Sophia genannt) findet aber schon seit langem eine Verfolgung und Kriminalisierung von Menschen auf der Flucht und denen, die ihnen die Überwindung der Grenzen ermöglichen, statt. Letztere werden äußerst vereinfacht und pauschal als skrupellos und ausschließlich profitorientiert, denen Menschenrechte nichts gelten, an den medialen Pranger gestellt. Seit einigen Monaten unterstellen Frontex und italienische Staatsanwaltschaften sogar den privaten Seenotrettungsorganisationen Kontakte mit libyschen „Schleppern“. Sie diskreditieren und kriminalisieren diese NGO's in der Öffentlichkeit, um sich der lästigen Augenzeugen auf See zu entledigen und den Ankünften Einhalt zu gebieten.

Um dem Wahrheitsgehalt und der Realität des sehr breiten Spektrums von Fluchthilfe bis Schlepperei auf den Grund zu gehen, haben Organisationen aus Deutschland (borderline-europe), Griechenland (Diktio), Italien (Borderline Sicilia) und Österreich (Asyl in Not) in den vergangenen anderthalb Jahren gemeinsam diesen Ausschnitt der EU-Migrationspolitik untersucht: Angefangen von den zugrunde liegenden internationalen Vereinbarungen, deren bedingte Übernahme in EU-Richtlinien wie das Facilitators Package, und letztendlich in die jeweilige nationale Gesetzgebung. Parallel dazu sind in den vier Ländern Gerichtsverfahren beobachtet und begleitet worden sowie zivilgesellschaftliche Aktivitäten, die sich gegen die Stigmatisierung von „Fluchthelfern“ richten, zusammengetragen worden. Die in der vorliegenden Dokumentation zusammengefassten Erkenntnisse und Bewertungen werden heute in parallelen Pressekonferenzen in Berlin, Palermo und Wien vorgestellt.

Ermöglicht wurde dieses transnationale Recherche- und Veranstaltungsprojekt durch die Unterstützung aus dem EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Kontakt: [borderline-europe](http://borderline-europe.org), Harald Glöde 0176-42027655, hg@borderline-europe.de